

Am Tag der Arbeit – Arbeitslose nicht vergessen

Der Erste Mai ist der Maifeiertag. Nur der Wonnemonat beginnt mit einem gesetzlichen Feiertag. Arbeitnehmer freuen sich 2009 über das verlängerte Wochenende. Es wird genutzt, um mit der Familie ins Grüne zu fahren (vielleicht das Familienfest der LINKEN im Woltersdorf zu besuchen), im Garten zu arbeiten oder um mit Freunden ein Bierchen zu trinken. Freude und Spaß überall! Wirklich überall?

Obwohl der Erste Mai ein arbeitsfreier Tag ist, wird er Tag der Arbeit genannt. Traditionell ist er der Kampftag der Arbeiterbewegung. Gerade in der gegenwärtigen Systemkrise muss gute Arbeit für Alle erkämpft werden.

Die Bezeichnung des 1. Mai wird übrigens durch Landesgesetze festgelegt. In Nordrhein-Westfalen z. B. heißt er „Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenwürde“. Gut, wenn es nicht nur eine Bezeichnung bleibt, sondern die Nachbarn nicht vergessen werden, die einen Arbeitsplatz mit einer leistungsgerechten Entlohnung suchen. Sie müssen auch an diesem Tag zusehen, dass ihr Vergnügen möglichst nichts kostet, denn Hartz IV reicht gerade zum Überleben.

Auch wenn ab 1. Juli 2009 die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II wie die Renten angehoben werden, wird Armut bleiben. Alleinstehenden werden acht Euro mehr im Monat zufließen. Kindern im Alter zwischen 6 und 13 Jahren erhöhte die Regierung den Regelsatz, nachdem sie vom Verfassungsgericht dazu gezwungen wurde. Wie soll ein Jugendlicher bzw. junger Erwachsener bis zum 25. Lebensjahr mit 287 Euro monatlich auskommen?

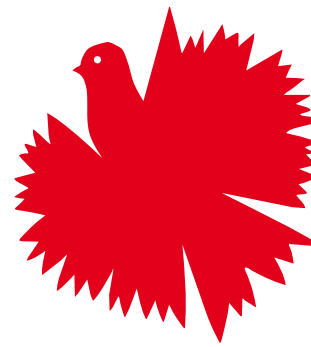
DIE LINKE fordert im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 (http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/20090324_btwp09_entwurf.pdf), Arbeit nach den Bedürfnissen der Menschen auszugestalten, nicht danach, was den höchsten Profit bringt. Unter der Überschrift „Erwerbslosigkeit verhindern, Arbeitslosensicherung stärken, Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten“ findet sich u.a. der Vorschlag, den Hartz-IV-Regelsatz unverzüglich auf 435 Euro anzuheben und jährlich der Preisentwicklung anzupassen.

Dr. Elvira Strauß, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE in der SVV

Erkner – ungefiltert, Informationsblatt der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Erkner
V.i.S.d.P.: Dr. Elvira Strauß, Fraktionsvorsitzende, Tel. 49 62;
Auflage: 5 000 Stück; Redaktionsschluss: 19. 4. 2009
kontakt@linke-erkner.de • www.linke-erkner.de

1. Mai

11–17 Uhr
Woltersdorf | Maiwiese
hinter Woltersdorfer Schleuse



Linkes Familienfest für Jung und Alt

- Konzert „**Quinteto Mayor**“ – Salsa-Cubana (11.00–13.30 Uhr)
- Wort zum 1. Mai: **Thomas Nord**, Vorsitzender DIE LINKE. Brandenburg, Bundestagsdirektkandidat im Wahlkreis 63 – LOS/FF (12 Uhr)
- Rock'n'Roll mit RRC „**The Challengers**“ Erkner e.V. (12.20 Uhr)
- Renate Adolph, MdL, im Gespräch mit **Helmut Scholz**, Kandidat der LINKEN zur Europawahl (13.20 Uhr), und **Kerstin Kaiser**, Spitzenkandidatin der LINKEN Brandenburg für die Landtagswahl (14.15 Uhr)
- Kinderprogramm „**Clown Pepino**“, Berlin (ab 13.45 Uhr)
- Konzert „**Deutschlandlieder**“ mit **Kerstin Kaiser**, begleitet von **Jörg „KO“ Kokott**, Gitarre, Folkgruppe „Wacholder“ (14.25 Uhr)
- Konzert „**Papa Binnes Jazz Band**“, Berlin (15–17 Uhr)

Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europapolitik im Gespräch, Informationsstände der LINKEN, von Sozialvereinen und Bürgerinitiativen;

Stand des „Neues Deutschland“, Bücherverkauf; Kinderspiel- und -malaktion mit „Ferienland Erkner“ e.V., Spielen, Basteln – Clown Pepino hilft; Grill, Pizza, Kuchenbasar, Getränke u.a.

Eintritt frei | Änderungen bleiben vorbehalten.

Erkner – ungefiltert

Informationen der
Fraktion DIE LINKE
in der SVV

Nr. 2/2009
24. April 2009

DIE LINKE.

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung Erkner

Blockadepolitik im Erkneraner Stadtparlament bleibt

In Erkner bewegt sich wenig. Auch die 4. Stadtverordnetenversammlung am 31. März war davon geprägt, dass die Blockparteien SPD und CDU mit dem Bürgermeister Joachim Kirsch im Bunde alle Anträge der LINKEN abblockten und Anfragen unklar beantwortet wurden. Diskussionen sind oft Fehlangezeige, weil Argumente nicht zählen. Drohte doch einmal ein Gedanken-Austausch, wurde er mit einem Geschäftsordnungsantrag der SPD zur sofortigen Abstimmung beendet.

Bei den wie immer nur von der LINKEN kommenden Anfragen an die Verwaltung kamen die üblichen unbefriedigenden Antworten. So musste beim geplanten Bau des City Centers immer wieder nachgehakt werden. Es gipfelte in der Aussage des Bürgermeisters zu möglichen Mehrkosten der Altlasten: „Ich werde mich hüten, hier Zahlen zu nennen.“

Das eigentliche Problem aber war die Fülle der abzuhandelnden Tagesordnungspunkte. Als es um den Haushalt ging, der schon in Anbetracht seiner Wichtigkeit vorgezogen wurde, war kaum noch einer der Zuhörer da. Schade, denn es ging immerhin um rund 11,5 Millionen Euro im Verwaltungs- sowie rund 3,5 Millionen Euro im Vermögenshaushalt und damit um Weichenstellungen bis ins nächste Jahrzehnt. DIE LINKE stimmte geschlossen dagegen. Sie sehen grundlegende gesetzliche Bestimmungen verletzt, fürchten Risiken wegen der Wirtschaftskrise und meinen, dass Ideen der Bürger nicht berücksichtigt sind. Den Abgeordneten war schon lange eine zunehmende Müdigkeit anzusehen. Immerhin endete die Stadtverordnetenversammlung erst um 23.30 Uhr.

Lesen Sie mehr unter **www.linke-erkner.de**.

Ob Strom, Trinkwasser oder Verpackung – überall ist Europa. Mehr Lobby ist für Verbraucher notwendig.

Ob es um Abfall, Abwasser, Bahn, Bus, Vergabe kommunaler Aufträge oder Verpackung geht – Europa ist mit rechtlichen Vorgaben und Richtlinien immer dabei. Die im Europäischen Parlament getroffenen Entscheidungen bestimmen mehr und mehr unser tägliches Leben.

Ganz aktuell entfallen beispielsweise seit Mitte April europaweit die strengen einheitlichen Verpackungsvorschriften.

Weniger drin, gleicher Preis

Herstellern ist es nunmehr gestattet, Produkte wie Zucker, Milch, Butter, Schokolade, Mineralwasser und Bier in beliebig großen oder kleinen Verpackungen anzubieten. Die Lebensmittelindustrie jubelt. Verbraucherschützer befürchten mehr Tricks und Täuschungen im Supermarkt. Mogelpackungen gab es bereits bei Marmelade, Putzmittel oder Kosmetika, für die seit längerem die Vorgaben entfielen. Verbraucherverbände ermittelten hier Preiserhöhungen von bis zu 20 Prozent.

Als verbraucherpolitische Sprecherin meiner Landtagsfraktion unterstütze ich die Forderung, die neuen Parlamente in Europa und der Bundesrepublik mögen im Herbst diese Regelung im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Kontrollbehörden rasch wieder kippen. Schließlich war Deutschland bisher nicht bereit, die Umsetzung der neuen europäischen Richtlinie für Packungsgrößen und Füllmengen zu stoppen.

Wessen Interessen werden hier vertreten?

Bereits 70 Prozent der in Deutschland auf Bundes- und Landesebene erlassenen Gesetze und Verordnungen beruhen nach Schätzungen auf europäischem Recht. Die Europäische Union bestimmt wesentliche Rahmenbedingungen für die Gestaltung von Bundes- und Landespolitik. Europapolitik bestimmt seit Jahren nicht nur außen- sondern mehr und mehr innenpolitische Fragen.

In ganz Europa – ob bei Abwasser, Energie, Lebensmittel, Gesundheit, Finanzen, Dienstleistungen oder Umwelt: Überall betrifft der Verbraucherschutz die konkreten sozialen Belange der Menschen. Der Schutz vor gesundheitlichen und sozialen Risiken, vor rechtlichen oder finanziellen Nachteilen muss Vorrang vor wirtschaftlichen Kapitalinteressen haben. Lebensmittelkandale, unkontrolliert steigende Energiepreise, unseriöse Finanz- oder Jobangebote und Internetgeschäfte machen deutlich: Das Recht der Verbraucherinnen und Ver-

braucher auf umfassende Information und Transparenz muss gewährleistet werden.

Die Europaabgeordneten der LINKEN treten konsequent für übersichtliche und einheitliche Regelungen zum Verbraucherschutz ein, die mehr Transparenz und Kontrollmöglichkeiten bieten. Auch deshalb ist es wichtig, bei der Wahl des Europäischen Parlaments für die eigenen Verbraucherinteressen mit zu entscheiden.



Renate Adolph

Mitglied des Landtages, Verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Direktkandidatin zur Landtagswahl am 27.9.2009 im Wahlkreis 31 (u. a. in Erkner, Woltersdorf, Schöneiche)

Lärmaktionsplan für Erkner – Forderung der EU und der LINKEN

Die Lebensqualität in einer Stadt wird wesentlich von der Lärmsituation, insbesondere in den Wohngebieten sowie den zentralen Aufenthaltsbereichen beeinflusst. Lärm kann zu Schlafstörungen bis hin zu Herz- und Kreislaufproblemen führen. Das trifft in Erkner vor allem auf das Zentrum rund um die Friedrichstraße zu, denn hier rollen täglich mehr als 20000 Autos. Die Europäische Union will deshalb Lärmaktionspläne der Städte. Auf Antrag der LINKEN wurde in Erkner daran intensiv gearbeitet. Nach den Vorgaben der EU wurden alle Straßen mit einer Belegung ab 3 Millionen Kfz pro Jahr in die Berechnungen einbezogen. Zudem wurden auch weitere Straßen mit geringerem Verkehr betrachtet, wenn sie für Lärminderungsmaßnahmen, insbesondere für Verlagerungen von Kfz-Verkehrsströmen relevant sind. Hauptziel dabei ist eine durchgehende Betrachtung und die Vermeidung von Stöckwerk. Das kann natürlich nicht in wenigen Jahren umgesetzt werden. Die Stadt Erkner ist eine der wenigen Kommunen im Land, die einen Lärmaktionsplan hat. Er stützt sich auf umfangreiche Information und Bürgerbeteiligung. Es kommt nun darauf an, ihn Schritt für Schritt anzugehen.

DIE LINKE bleibt dran.

Radfahren bleibt in Erkner riskant

Erkner sieht den Kontakt von Radfahrern zu den übrigen Bürgern differenziert. So scheint sich das Verhalten der Fraktionen der SPD und CDU in der Stadtverordnetenversammlung zu erklären, als über den Antrag der LINKEN zur Freigabe des Fußweges über die Baekelandbrücke für Radfahrer abgestimmt wurde.

Die Mehrheit nämlich lehnte das ab und hatte dabei wohl das Bild der Friedrichstraße vor Augen, wo sich Radfahrer und Fußgänger pausenlos auf den Gehsteigen treffen. Oder wie auch Radler und Autofahrer im hinteren Teil der Straße zwischen ovalem Kreisel und Neu Zittauer Straße in Kontakt kommen. Hier haben allerdings beide Fraktionen nichts dagegen. Die Gegenargumente zur Baekelandbrücke aber waren nicht schlüssig: Das Fußgänger-Aufkommen sei auf der Brücke höher als dargestellt. Zudem würde es bedeuten, Radfahrer müssten mehrfach die Fahrbahn wechseln und das erhöhe ihr Risiko. Und außerdem gebe es ja kaum Radfahrer in diesem Bereich der Stadt.

Dann hätte damals beim Bau der Brücke gar nicht erst ein kombinierter Rad- und Fußweg beschlossen werden dürfen. Der jetzige ist zumindest farblich unterschiedlich gestaltet und erweckt die Assoziation zu einem Radweg. Oder sollte das aus ganz anderen Gründen passiert sein? Die Polizei jedenfalls kassiert bei Bürgern ab, die den markierten Bereich auf dem Fußweg der Brücke in Anlehnung an die Friedrichstraße als Radweg benutzen. Und das, auch wenn weit und breit kein Passant zu sehen ist. Ihnen soll lieber der enge Kontakt mit den Autofahrern erhalten bleiben.

Jürgen Strauß



Was in der Woltersdorfer Landerstraße rechts ist darf nicht auf der Baekelandbrücke sein ...



Radfahrer, hier musst du auf dem Fußweg fahren!



SchülerInnen auf der Friedrichstraße



Ein Radfahrer auf dem Fußweg der Baekelandbrücke – ein Fall für die Polizei?